



Stell dir vor:

*DEINE BANK DENKT
NICHT NUR NACH.
SIE DENKT VOR.*

Sparda-Bank Hamburg eG
Geschäftsbericht 2020

Sparda-Bank

Die Deine Bank.



Das Vorstandsteam der Sparda-Bank Hamburg eG (v.l.): Tino Wildmann, Vorsitzender Oliver Pöpplau, stellvertretender Vorsitzender Stephan Liesegang

Auf unsere starke Gemeinschaft ist Verlass

Der Rückblick auf das Jahr 2020 macht deutlich: Die Corona-Pandemie stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Zugleich hat das vergangene Jahr eindrucksvoll gezeigt, wie stark unsere Gemeinschaft als Genossenschaftsbank und der Zusammenhalt zwischen unseren Mitgliedern, Kundinnen und Kunden und unserer Bank ist. Auch die Innovationskraft unserer Sparda-Bank Hamburg wurde im vergangenen Jahr erneut unter Beweis gestellt: Im November haben wir den sorgfältig vorbereiteten Wechsel des Rechenzentrums vollzogen und damit einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Bank geleistet. Unser neuer Partner, die Fiducia & GAD IT AG, ist der größte genossenschaftliche IT-Anbieter in Deutschland. Mit dem Wechsel setzen wir auf eine starke Gemeinschaft, in der Innovationen gemeinsam erarbeitet und Entwicklungskosten von vielen Banken getragen werden.

Mit einem starken Mix aus persönlicher Beratung in unseren Filialen sowie am Telefon und modernen digitalen Services vom Online-Banking bis hin zum mobilen App-Banking sind wir immer da, wo unsere Kundinnen und Kunden uns brauchen.

Diese Nähe und Kundenorientierung spiegelt sich auch in den guten Ge-

schäftszahlen des Jahres 2020 wider. Mit einem Baufinanzierungsvolumen in Höhe von rund 461 Millionen Euro konnten wir als starker Partner im Bereich Baufinanzierungen und Wohneigentum erneut die Wohnräume vieler unserer Mitglieder erfüllen. Was uns dabei besonders freut, ist die erneute Auszeichnung der Sparda-Banken als fairster Baufinanzierer (Focus Money, 46/2020) und das Spitzenergebnis im Kundenmonitor Deutschland 2020.* Hier belegen wir als Gruppe der Sparda-Banken zum 28. Mal in Folge den ersten Platz in Sachen Kundenzufriedenheit. Das alles wäre ohne unsere hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht möglich, bei denen wir uns an dieser Stelle herzlich für das herausragende Engagement bedanken möchten.

Als Zeichen unserer Wertschätzung haben unsere aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Sonderurlaubstag sowie eine Corona-Sonderzahlung erhalten. Trotz des herausfordernden Marktumfeldes wurden im Jahr 2020 weder staatliche Hilfen in Anspruch genommen noch beantragt.

Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als starke Gemeinschaft auch in Zukunft erfolgreich unseren Kundinnen und Kunden zur Seite zu stehen.

Oliver Pöpplau

Stephan Liesegang

Tino Wildmann

* Informationen zu den Auszeichnungen entnehmen Sie bitte unserer Website unter www.sparda-bank-hamburg.de/testsieger

Geschäftsbericht

Inhalt

Rechnungslegung 2020

Lagebericht 2020	4
Bericht des Aufsichtsrates	11
Jahresabschluss 2020	12
Vorschlag für die Ergebnisverwendung	21
Bestätigungsvermerk	25

Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland stand 2020 im Zeichen einer Krise, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde. Die globale Virusverbreitung sowie die dagegen ergriffenen Maßnahmen ließen die bereits vorher eingetretene konjunkturelle Abschwächung in eine schwere Rezession münden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt brach gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % ein, nachdem es 2019 noch um 0,6 % expandiert war.

In den Monaten März und April kam es bundesweit zu einem weitgehenden Stillstand des Wirtschaftslebens. Hauptgrund hierfür waren Schutzmaßnahmen wie weitreichende Kontaktbeschränkungen und Grenzsicherungen, die in Reaktion auf kräftig steigende Infektionszahlen eingeführt wurden und zu Unterbrechungen von Produktions- und Lieferketten führten. Im Mai und den Folgemonaten setzte dann mit der Lockerung dieser Maßnahmen eine merkliche Belebung ein. Zum Jahresende ließen die Auftriebskräfte jedoch spürbar nach, auch wegen nochmals deutlich zunehmender Infektionszahlen, die verschärfte Schutzmaßnahmen erforderlich machten. Mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Härten der Krise abzufedern, wurden weltweit staatliche Hilfsprogramme aufgelegt. Beispielsweise beschloss die Bundesregierung im März und im Juni große Hilfspakete, die unter anderem eine Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und eine befristete Senkung der Mehrwertsteuersätze im zweiten Halbjahr umfassten.

Die Corona-Pandemie belastete den Arbeitsmarkt ebenfalls merklich. Der langjährige kontinuierliche Beschäftigungsaufbau kam zum Stillstand, wegen der Krisenfolgen, aber auch wegen des zunehmenden demografischen Gegenwindes. Die Anzahl der Erwerbstätigen im Inland sank im Jahresdurchschnitt 2020 um 487 Tausend auf 44,8 Millionen Menschen. Demgegenüber nahm die Arbeitslosenzahl zu, um 429 Tausend auf 2,7 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 %. Allerdings wäre die Arbeitslosigkeit noch deutlicher gestiegen, wenn die Unternehmen nicht vermehrt das Instrument der Kurzarbeit genutzt hätten. Im Frühjahr 2020 wurde zeitweise für eine Rekordzahl von knapp 6,0 Millionen Arbeitnehmern konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt.

Im Zuge der Krise verminderte sich der Preisauftrieb spürbar. Die Inflationsrate, gemessen am amtlichen Verbraucherpreisindex, zeigte im Jahresverlauf einen Abwärtstrend. Sie sank zunächst von 1,7 % im Januar auf knapp 1 % während der Frühjahrsmonate. Maßgeblich hierfür waren die krisenbedingt vorübergehend niedrigeren Rohölnotierungen, deren dämpfende Wirkung auf die Inflationsrate nur wenig durch die krisenbedingt höheren Preissteigerungen bei anderen Gütern, etwa bei vielen Nahrungsmitteln, kompensiert wurde. Ab Juli setzte wegen der befristeten Mehrwertsteuersenkung ein weiterer sichtbarer Rückgang ein, der die Inflationsrate zum

Jahresende auf -0,3 % drückte. Im Jahresdurchschnitt 2020 stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 % und damit deutlich schwächer als im Vorjahr (+1,4 %).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Geldpolitik im vergangenen Jahr nochmals deutlich expansiver ausgerichtet. Zwar wurden die Leitzinsen nicht verändert. Allerdings weitete das Eurosystem die unkonventionellen Maßnahmen deutlich aus, insbesondere die Wertpapierkäufe. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr Wertpapiere im Umfang von netto rund 1.087 Mrd. Euro erworben. Darüber hinaus hat die EZB die Konditionen für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte nochmals attraktiver gestaltet, etwa durch eine Verlängerung des Zeitraums des ausgesprochenen günstigen Zinses für Ausleihungen. Zudem wurden die Anforderungen an notenbankfähige Sicherheiten gesenkt, um Banken den Zugang zu Zentralbankgeld weiter zu erleichtern. Trotz des massiven geldpolitischen Impulses schwächte sich die Inflation im Jahr 2020 pandemiebedingt deutlich ab. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflation im Euroraum bei nur 0,3 %, nach 1,2 % im Jahr 2019. Damit unterschritt die Teuerung das Ziel der EZB von unter, aber nahe 2 % deutlich.

Insgesamt war das vergangene Jahr für Aktionäre durchaus rentabel. Der DAX legte im Jahresverlauf um 3,5 % zu und schloss zum Jahresende bei rund 13.719 Punkten. Unterjährig war das Jahr allerdings durch hohe Unsicherheit bezüglich des Verlaufs der Corona-Pandemie geprägt. Auch international war die Corona-Pandemie das beherrschende Thema an den Aktienmärkten. Weltweit brachen die Aktienpreisnotierungen aufgrund der Corona-Pandemie im ersten Quartal ein. Allerdings unterschied sich die Geschwindigkeit der Erholung über die Länder hinweg erheblich. In den USA etwa schloss der S&P 500 bereits Mitte August wieder über dem Vorkrisenniveau. Zum Jahresende notierte der Index 16,3 % über dem Vorjahresresultato.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme gestiegen

Die Bilanzsumme stieg um 7,7 % bzw. 311,8 Mio. EUR (Vorjahr: 5,8 % bzw. 222,6 Mio. EUR) auf 4.353,5 Mio. EUR.

Sparverhalten der Kunden weiter gestiegen

Während der Corona-Pandemie und trotz anhaltender Niedrigzinsphase haben die Mitglieder auch in 2020 ihr Sparverhalten erhöht. Es entstand ein Plus von 7,7 % bzw. 285,5 Mio. EUR auf 4.003,8 Mio. EUR (Vorjahr: 5,7 % bzw. 201,1 Mio. EUR).

Wachstum der kurzfristigen Einlagen

Die täglich fälligen Einlagen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,4 % bzw. 261,8 Mio. EUR auf 3.045,7 Mio. EUR. Die Wachstumstreiber waren die unverzinslichen Sichteinlagen.

Spareinlagen gestiegen

Die Spareinlagen sind 2020 um insgesamt 23,8 Mio. EUR gestiegen. Deutliche Zuwächse gab es bei SpardaPlus, dessen Bestände um 88,9 Mio. EUR bzw. 12,1 % auf 823,2 Mio. EUR zulegten.

Kundenkreditgeschäft erneut ausgebaut

Die Kreditbestände (inkl. Eventualverbindlichkeiten) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % bzw. 80,3 Mio. EUR auf 2.226,3 Mio. EUR (Vorjahr: 5,1 % oder 103,5 Mio. EUR). Die Neubewilligungen im Baufinanzierungsgeschäft erreichten ein Volumen von 461 Mio. EUR (Vorjahr: 416,1 Mio. EUR).

Nur leichte Veränderungen in den Kreditstrukturen

Der Anteil der Kundenforderungen am Geschäftsvolumen zum Bilanzstichtag reduzierte sich leicht auf 51,0 % (Vorjahr: 53,0 %). Die Strukturanteile der Kreditarten am Gesamtkreditvolumen zeigen eine planmäßige Steigerung bei den Baukrediten, während die Persönlichen Kredite leicht zurückgingen:

Kreditart:	31.12.2020	31.12.2019
Dispositionskredite	1,3%	1,4%
Persönliche Kredite	7,0%	7,8%
Baukredite und Sonstige	91,6%	90,7%
Rückgriffsforderungen	0,2%	0,2%

Günstige Fördermittel für Mitglieder

Im Rahmen einer ganzheitlichen Beratung der Mitglieder im Immobilien-Finanzierungsgeschäft wurden 2020 16,3 Mio. EUR (Vorjahr: 10,4 Mio. EUR) Fördermittel von der Investitions- und Förderbank Hamburg und 13,1 Mio. EUR (Vorjahr: 9,1 Mio. EUR) von der Investitions- und Förderbank Schleswig-Holstein sowie 9,3 Mio. EUR Wohn-Riester-Darlehen an die Bausparkasse Schwäbisch Hall vermittelt.

Private Kredite gesunken

Die Kontokorrentkredite sanken leicht um 1,9 % bzw. 0,5 Mio. EUR auf 28,5 Mio. EUR. Die Bestände der Privaten Kredite konnten trotz des guten Neugeschäfts aus den Sommer- und Winter-Kredit-Wochen nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Sie reduzierten sich um 7,3 % bzw. 12,3 Mio. EUR auf 154,8 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

leicht gesunken

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken leicht um 1,1 % oder 0,3 Mio. EUR auf 29,2 Mio. EUR.

Eigenanlagen deutlich erhöht

Die Eigenanlagen erhöhten sich 2020, da der starke Zuwachs der Kundeneinlagen nicht vollständig im Kreditgeschäft platziert werden konnte. Die Summe aus Barreserven, Bankguthaben und Wertpapieranlagen erhöhte sich um 11,8 % oder 220,5 Mio. EUR auf 2.086,9 Mio. EUR. Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme betrug am Jahresende 30,1 % (Vorjahr: 38,2 %).

Die Wertpapierkategorien entwickelten sich wie folgt:

Wertpapierkategorie	31.12.2020 Mio. EUR	31.12.2019 Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen	532,7	403,1
UIN Fonds NR. 741 (Renten)	609,2	648,7
UIN Fonds NR. 941	0	353,7
Publikumsfonds AV	66,7	47,1
Publikumsfonds UV	101,4	89,5
Gesamt	1.310,0	1.542,1

Derivategeschäfte

Im Geschäftsjahr 2020 wurden keine derivativen Geschäfte mit Kunden getätigt.

Kundenwertpapiergeschäft

Depotgeschäft GENO Broker

Das Kundenwertpapier-Depotgeschäft (ohne bankeigene Wertpapiere) wurde auf die GENO Broker GmbH übertragen. Der Kunden-Depotbestand beim GENO Broker beläuft sich auf 3.483 Stück sowie 20.033 Transaktionen.

Fondsbestände der Kunden gestiegen

Der Nettozufluss belief sich auf 46,2 Mio. EUR (Vorjahr: 49,8 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der Kurswertänderungen stieg der Fondsbestand auf Anlagekonten der Union Investment 2020 um 61,7 Mio. EUR auf 845,3 Mio. EUR.

Vermitteltes Versicherungsbeitragsvolumen

Im Jahr 2020 betrug das vermittelte Beitragsvolumen aus Lebens- und Restschuldversicherungen 7,35 Mio. EUR. Bei einer Vermittlung von 2.333 Versicherungsverträgen (Vorjahr: 2.786) an die DEVK reduzierte sich die Anzahl der Versicherungen ebenfalls. Daneben wurden für die Mitglieder im Bereich der Sach- und Kfz-Versicherungen weitere 4.821 Verträge (Vorjahr: 4.987 Verträge) abgeschlossen.

Abgeschlossenes Bausparvolumen gesunken

Der Vertrieb von Bausparverträgen der Bausparkasse Schwäbisch Hall konnte nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Das vermittelte Volumen sank leicht um 3,3 % auf 114,9 Mio. EUR (Vorjahr: +6,4 % auf 119,1 Mio. EUR).

Mitgliederbestand leicht gefallen

Der Mitgliederbestand reduzierte sich 2020 um netto 4.765 oder 2,1 % (Vorjahr: -2,0 %) auf 221.165. Den 3.616 Beitritten standen 8.381 Abgänge gegenüber. Die Mitglieder hielten am Jahresende 1.768.672 Anteile (Vorjahr: 1.438.105).

Personal- und Sozialbereich

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter ist mit 224,5 Vollzeit- und 134,75 Teilzeitkräften sowie 16,5 Auszubildenden im Jahr 2020 leicht gesunken. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt bei 43 Jahren, wobei 59,7 % der Belegschaft weiblich und 40,3 % männlich sind. Neben der Ausbildung junger Menschen bieten wir auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein umfassendes Schulungsangebot an und schaffen somit die Voraussetzung, dass sie sich das notwendige Wissen für die tägliche Arbeit aneignen und erhalten können. Dazu gehören neben Workshops und Schulungen zu diversen Themen auch Fachseminare. Aufgrund der Migration zu agree21 konzentrierte sich die Weiterbildung auf dahingehende Fach- und Grundlagenschulungen. Das führte zu einem signifikanten Anstieg auf 2.882 Seminarteilnehmertage. Statistisch besuchte ein Mitarbeiter 7,9 Schulungstage im Jahr 2020. Für Schulungsmaßnahmen, inkl. Migrationsschulungen, wurde ein Betrag von ca. 654 TEUR eingesetzt. Ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in einem speziellen Qualifizierungsprogramm zum Serviceberater systematisch vorbereitet und wei-

tergebildet. Auch im Rahmen der Umsetzung der IDD (Versicherungsvertriebsrichtlinien) wurde in umfangreiche Weiterbildungszeiten investiert.

Darstellung der Lage

Bilanzielles Eigenkapital weiter gestiegen

Im Jahr 2020 konnte das Eigenkapital der Sparda-Bank Hamburg eG weiter gesteigert werden. Die Geschäftsguthaben der Genossenschaft nahmen deutlich um 23,1 % oder 17,9 Mio. EUR auf 95,1 Mio. EUR zu. Die Rücklagen konnten durch Zuführung aus dem Bilanzgewinn um 2,4 % oder 3,3 Mio. EUR auf 138,8 Mio. EUR ausgebaut werden. Das bilanzielle Eigenkapital (einschließlich Bilanzgewinn 2020) erhöhte sich um 10,6 % oder 23,0 Mio. EUR auf 239,8 Mio. EUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote am Jahresende (Vorjahr: 5,4 %) stieg mit 5,5 % leicht.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im gesamten Jahr 2020 erfüllt. Zum 31.12.2020 lag der Wert der haftenden Eigenmittel bei 18,2 %.

Sicherungseinrichtung

Die Sparda-Bank Hamburg eG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2020 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 5,7 Mio. EUR verbunden.

Zahlungsbereitschaft der Bank war jederzeit gegeben

Den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die Kreditinstitute gestellten Anforderungen an die Liquidität wurde stets entsprochen.

Wechsel des Rechenzentrums

Die notwendigen Projekte und Schulungen im Rahmen des Rechenzentrumswechsels wurden erfolgreich abgeschlossen und der Wechsel im November 2020 planmäßig vollzogen.

Bilanzgewinn deutlich gestiegen

Ertragslage im Überblick	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Zinsüberschuss	50.249	49.801	448
Provisionsüberschuss	18.195	18.765	-570
Personalaufwand	26.375	27.557	-1.182
Andere Verwaltungsaufwendungen	28.900	30.272	-1.372
Sonstige GuV-Positionen	1.438	5.769	-4.331
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	14.607	16.506	-1.899
ao Ergebnis	6.572	2.165	4.407
Steuern	2.154	5.431	-3.277
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	4.900	-4.900
Bilanzgewinn	5.881	4.010	1.871

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge erhöhte sich in 2020 leicht um 0,4 Mio. EUR auf 50,2 Mio. EUR. Darin enthalten ist eine planmäßige Ausschüttung über 3 Mio. EUR der Sparda Immobilien GmbH. Das Wachstum des Zinsüberschusses wurde durch die anhaltende Niedrig-/Negativzinsphase beeinflusst. Der Provisionsüberschuss sank um knapp 0,6 Mio. EUR auf 18,2 Mio. EUR. Dies war hauptsächlich den Lockdowns während der Corona-Pandemie zuzuschreiben. Der Personalaufwand reduzierte sich insbesondere aufgrund etwas geringerer Personalzahlen um 1,2 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen konnten durch ein stringentes Kostenmanagement über praktisch alle Kostenarten um insgesamt 1,4 Mio. EUR reduziert werden. Das außerordentliche Ergebnis betrifft Aufwand im Zuge des Rechenzentrumswechsels zur Fiducia & GAD IT AG in Höhe von 6,6 Mio. EUR. Der Bilanzgewinn stieg deutlich auf 5,9 Mio. EUR, das entspricht 0,14 % der Bilanzsumme.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Angesichts des Niedrigzinsumfeldes ist die Ertragslage befriedigend. Die Eigenkapitalausstattung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagement-Ziele und Methoden der Bank

Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung der Sparda-Bank Hamburg eG ist es, die aus ihrem allgemeinen Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken bewusst und kontrolliert unter Beachtung der Renditeziele einzugehen. Damit wird dem strategischen Geschäftsziel Rechnung getragen, das eine langfristige Absicherung der Bank vorsieht. Dem Risikomanagement, also der Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung bestehender Risiken, kommt daher eine elementare Bedeutung zu. Die vom Gesamtvorstand in Kraft gesetzte Risikostrategie basiert auf den risikopolitischen Grundsätzen, die die Gesamtheit der zentralen Verhaltensregeln für den Umgang mit Risiken innerhalb der Sparda-Bank Hamburg eG darstellen. Sie bilden die Grundlage für ein unternehmensweit möglichst einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement. Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die eingegangenen Risiken die Risikotragfähigkeit der Sparda-Bank nicht übersteigen. Der führende, ertragsorientierte Steuerungskreis orientiert sich am Ziel eines geordneten Unternehmensfortbestandes („Going-Concern“). Die Risikopolitik im Kundenkreditgeschäft ist in der Kreditrisikostrategie dokumentiert. Die Steuerung der Sparda-Bank Hamburg eG erfolgt unter Berücksichtigung der drei Dimensionen: ertragsorientierter Steuerungskreis, ökonomischer Steuerungskreis und aufsichtsrechtlicher Steuerungskreis. Ziel ist die primäre Steuerung der Sparda-Bank Hamburg eG nach ertragsorientierten Größen, unterstützt durch die ökonomische Risikotragfähigkeit. Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit stellt eine Nebenbedingung dar, die streng einzuhalten ist. Die Sparda-Bank Hamburg eG stellt sicher, dass die wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt ist. Das implementierte Limitsystem ist gesondert im Risikohandbuch beschrieben. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z. B. Konjunkturschwankungen, neuen Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstigen sich verändernden Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie können sich insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken zeigen, aber auch in Form von Liquiditäts-, operationellen und sonstigen Risiken.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken beinhalten im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls einer Person oder Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Sie umfassen sowohl klassische Ausfallrisiken als auch Migrationsrisiken und Credit-Spread-Risiken. Migrationsrisiken können entstehen, wenn sich die Bonitäten von Emittenten verschlechtern und der Marktwert von Anleihen sinkt. Credit-Spread-Risiken beinhalten die Gefahr negativer Auswirkungen aufgrund von Schwankungen des Zinsaufschlags für bestimmte Bonitätsklassen im Zeitverlauf.

Die Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen werden vom Emittentenrisiko dominiert. Zur Begrenzung von Emittentenrisiken sind Ratingvorgaben festgelegt. Dabei werden die externen Ratings von Standard & Poor's (S&P) und Moody's Investor Service zugrunde gelegt. Für das Direktgeschäft gilt bei Erwerb ein Mindestrating von Baa3/BBB- (Moody's/S&P). Die überwiegend negativen Effektivverzinsungen an den Kapitalmärkten erschweren es den Banken immer mehr, kostendeckende Renditen zu erwirtschaften. Die sehr hohe Marktliquidität infolge des Wertpapierankaufprogramms der EZB führte aber dazu, dass aufgrund der daraus resultierenden hohen Nachfrage eingegangene Adressrisiken nicht mehr mit angemessenen Renditen vergütet werden.

Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts liegt im Privatkundengeschäft. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Baufinanzierungsgeschäft mit Wohnungsgenossenschaften fortgesetzt. Große Teile des Kundenkreditvolumens sind grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Über ein indikatorenbasiertes Frühwarnsystem können Kreditrisiken frühzeitig erkannt und separiert behandelt werden. Aufsichtsrechtlich werden Ausfallrisiken durch die Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR (EU-Verordnung) begrenzt, die von der Bank stets eingehalten werden.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln aufgrund von Änderungen der Marktlage zuungunsten des Inhabers entwickeln. Marktpreisrisiken schließen insbesondere Zinsrisiken, Abschreibungsrisiken, Aktienkursrisiken und Immobilienpreis-

risiken ein. Bedingt durch die Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Marktpreisrisiken überwiegend auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Marktpreisrisiken werden von der Sparda-Bank Hamburg eG in bedeutsamem Umfang eingegangen. Sie umfassen potenzielle Verluste, die sich aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen ergeben können. Dies ist vor dem Hintergrund vergleichsweise geringer Kreditrisiken im Kundengeschäft vertretbar. Zinsänderungsrisiken berechnet die Bank mit Hilfe von Zinsüberschuss-Simulationsrechnungen aufgrund verschiedener Zinsprognosen. Das Marktpreisrisiko als Gesamtheit von Zinsänderungs- und Kursänderungsrisiko wird darüber hinaus auch ökonomisch auf der Grundlage des dynamischen Value-at-Risk dargestellt. Dem Risiko ist ein festes absolutes Risikobudget zugewiesen, welches regelmäßig überwacht wird. Im Rahmen des ertragsorientierten (GuV-Sicht) und ökonomischen Limitsystems zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden für die Unterarten des Marktpreisrisikos Risikolimits definiert, die auf Ebene des Marktpreisrisikos in einem Einzellimit aggregiert werden. Die Auslastung der Risikolimits wird regelmäßig überwacht. Ein Handelsbuch im Sinne des § 1a KWG wird nicht geführt. Zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos werden Derivate in Form von Swaps (nominell 179,0 Mio. EUR) mit einem beizulegenden Wert von -13.357 TEUR eingesetzt.

Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank Hamburg eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Durch die Finanzmarktkrise ist der Aspekt der Liquiditätssicherstellung in den Vordergrund gerückt. Daneben sind höhere Refinanzierungskosten ein Aspekt dieses Risikos, die durch die Überbrückung von Liquiditätsengpässen anfallen können. Das Liquiditätsrisiko nimmt bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein, da die Bank dem Liquiditätsverbund der DZ Bank AG angehört und somit gewöhnlich ein jederzeitiger Ausgleich von möglichen Liquiditätsengpässen über die DZ Bank AG erfolgen kann. Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute werden deutlich erfüllt, sodass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken erkennen lassen.

Operationelle Risiken

Unter den operationellen Risiken wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Operationelle Risiken sind z. B. Betriebsrisiken, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs-, Diebstahl- und Datenverarbeitungsrisiken. Als Basis für die Messung operationeller Risiken und permanente Bewertung wird eine Schadendatenbank geführt. Ergänzt durch regelmäßige Risikomeetings mit den Risikoverantwortlichen werden die einzelnen Risiken auf angemessene Bewertung und Behandlung geprüft und Maßnahmen zur Reduktion initiiert. Darüber hinaus trägt das innerbetriebliche Überwachungssystem (z. B. arbeitsbegleitende Kontrollen, interne Revisionen und Dienstweisungen für Mitarbeiter) dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale, wie z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, werden durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert. Das Beschwerde- und Qualitätsmanagement ist zentral organisiert. Bei Schäden oder Erstattungsansprüchen aus fehlerhafter Bearbeitung erfolgt eine Analyse hinsichtlich etwaiger organisatorischer und/oder personeller Schwachstellen. Soweit erforderlich, werden entsprechende Maßnahmen darauf aufbauend eingeleitet. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnet die Bank auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern, insbesondere soweit es den EDV- und Rechtsberatungsbereich betrifft.

Sonstige Risiken

Unter den sonstigen Risiken werden das Beteiligungsrisiko, das Vertriebsrisiko, das Kostenrisiko und das strategische Risiko zusammengefasst. Das Beteiligungsrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass von der Bank eingegangene Beteiligungen aufgrund von z. B. Dividendenausfall, Abschreibungen, Ergebnisminderungen etc. zu Verlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital führen können. Das Vertriebsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. Das Kostenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Personal- und Sachkosten die geplanten Werte überschreiten. Das strategische Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Bank. Alle

sonstigen Risiken nehmen bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein. Vertriebsrisiken, Kostenrisiken, strategische Risiken sind als unwesentliche Risiken eingestuft. Ebenso Währungsrisiken, Optionsrisiken, Kontrahentenrisiken, Länderrisiken und Modellrisiken.

Risikobewertung

Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Risikoquantifizierungsinstrumentarium eine zeitnahe und detaillierte Risikotransparenz. Die Limitierung dieser ermittelten Risiken im führenden, ertragsorientierten Steuerungskreis stellt eine Weiterführung des Geschäftsbetriebs („Going-Concern“) für den Fall des maximal eintretenden Risikos sicher.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Sicherstellung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit hat gegenüber weiteren strategischen Zielen die oberste Priorität. Eine permanente Produktivitätssteigerung, hohe Mitgliederzufriedenheit und eine hohe Mitarbeiteridentifikation und -qualität vervollständigen das strategische Zielsystem.

Die Bank hat sich vor diesem Hintergrund für die kommenden drei Jahre verschiedene operative Ziele gesetzt. Unter anderem soll das Kreditgeschäft netto um 6 % p.a. wachsen, wobei der Verwaltungsaufwand im Verhältnis zur Bilanzsumme weiter zu reduzieren ist. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit der Sparda Immobilien GmbH intensiviert und das Prozessmanagement sowie die Digitalisierung vorangebracht werden. Zur Erreichung der Ziele sind differenzierte Maßnahmen definiert worden.

Über abgestimmte Maklerpräsenz, besondere Immobilienaktionen in den Filialen sowie eine digitale Vernetzung findet eine aktive Einbindung der Sparda Immobilien GmbH und ihrer Leistungen (u.a. Maklerverträge, Erstellung von Gutachten) statt. Für die Kunden der Bank entstehen hieraus Full-Service-Angebote rund um das Thema Immobilien.

Das Angebot sowie die Kommunikation von Produkten und Dienstleistungen zu Themen wie z.B. Zahlungsverkehr, Geld-

anlageberatung, Baufinanzierung, Privatkredit, Bausparen, Vorsorge und Absicherung erfolgen über eine Vielzahl von zur Verfügung stehenden Kanälen (u.a. Filialen, Printmedien, online, Homepage, Facebook), wobei die Digitalisierung weiter an Bedeutung gewinnt. So soll zum Beispiel der Online-Abschluss von Ratenkrediten weiter ausgebaut werden.

Als weiteres Geschäftsfeld kaufen wir eigene Immobilien zur Vermietung primär im Geschäftsgebiet der Genossenschaft. Nahezu ausschließlich sollen Wohnimmobilien erworben werden. Es soll ein eigener Wohnungsbestand zur Steigerung auch der Arbeitgeberattraktivität entstehen. Wir werden Wohnungen zur Miete auch unseren Beschäftigten anbieten.

Für weitere Dienstleistungen und Produktergänzungen ist beispielhaft die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Verbundpartner der GENO Broker GmbH zu nennen. Im Rahmen der Beratungsleistungen zu ausgewählten DZ Bank Zertifikaten dient der GENO Broker als depotführendes Institut.

Besondere vertriebliche Schwerpunkte bilden u. a. die Union-Immobilienfonds Kontingentsphasen, welche dazu genutzt werden, die Kunden auf zeitgemäße Geldanlagemöglichkeiten anzusprechen. Daneben werden weitere Beratungsschwerpunkte zum Beispiel in der nachhaltigen Geldanlage und Altersvorsorge (Riester sparen) umgesetzt. Die Geldanlageprodukte der Bausparkasse Schwäbisch Hall und der DEVK Versicherung finden in den Beratungsansätzen ebenfalls als alternative Geldanlageprodukte ihren Platz. Darüber hinaus zählen die Angebote im Baufinanzierungsgeschäft sowie zum Privatkredit zu den vertrieblichen Schwerpunkten.

Auswirkungen der Corona-Pandemie werden noch weit in das Geschäftsjahr 2021 hineinwirken – Negativzinsphase und expansive Geldpolitik dürften noch länger andauern

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Konjunktur konnten von staatlicher Seite, zu Lasten einer deutlich steigenden Staatsverschuldung, reduziert werden. Die großzügigen Regelungen zur Kurzarbeit dürften dazu beitragen, dass in der Bank keine erhebliche Kreditausfallvorsorge getroffen werden muss. Auf der anderen Seite wird das Kreditwachstum besonders in den Segmenten Dispositions- und Private Kre-

dite gebremst, da der Kreditbedarf angesichts eingeschränkter Konsummöglichkeiten zurückgeht. Stattdessen werden die Kundeneinlagen recht deutlich steigen, trotz des zum 1. Januar 2021 eingeführten Verwarentgelts für Sichteinlagen ab 50.000 Euro. An den Kapitalmärkten ist die Corona-Pandemie bereits weitgehend verarbeitet, sodass wir Stand heute in den Eigenanlagen keine wesentlichen Wertkorrekturen erwarten.

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge wird 2021 fallen. Hier wird sich die anhaltende Negativzinsphase bemerkbar machen. Aktivgeschäfte, sowohl im Kunden- als auch im Eigenanlagengeschäft, werden durch niedriger verzinsten Neugeschäfte ersetzt, während die Passivseite bereits weitgehend zinsfrei gestellt ist.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft soll ausgeweitet werden. Für die Steigerung des Vermittlungsgeschäfts besteht angesichts hoher Kundeneinlagen mit 0-Verzinsung großes Potenzial.

Wir erwarten in den nächsten beiden Jahren konstante bis leicht fallende Personalkosten, Fluktuationen können in relativ geringem Umfang genutzt werden. Die Sachaufwendungen könnten 2021 um knapp 1 Million Euro fallen. Deutlich reduzierte IT-Kosten nach Rechenzentrumswechsel werden aber durch Steigerungen in anderen Kostenarten teilkompensiert. Im sonstigen Ergebnis wird eine Ertragssteigerung nach Auflösung von Rückstellungen und auch erstmals durch Mieterträge aus eigenen Immobilien zu verzeichnen sein.

Insgesamt wird im Jahr 2021 ein Jahresüberschuss nach Steuern über Vorjahreshöhe erwartet.

Hamburg, den 12. März 2021

Der Vorstand
Oliver Pöplau, Stephan Liesegang, Tino Wildmann

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2020 wahrgenommen. Während des Geschäftsjahres unterrichtete ihn der Vorstand eingehend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank. Darüber hinaus stand die Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand. Soweit Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, wurden die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Im Jahr 2020 hat der Aufsichtsrat insgesamt dreizehn Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten Strategie, geschäftliche Entwicklung, Risikosituation und geplante Investitionen. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personalausschuss und einen Bauausschuss (bis 30.11.2020) gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung durch unangemeldete Prüfungen überzeugt. Bei seiner Prüfungstätigkeit ließ sich der Ausschuss auch von der Internen Revision der Bank unterrichten. Der Kreditausschuss hat im erforderlichen Umfang bei der Vergabe von Krediten mitgewirkt und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftserledigung überzeugt. Der Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, hat die nach dem Gesetz notwendigen Prüfungen durchgeführt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung bekannt gegeben. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 stimmt der Aufsichtsrat nach Prüfung ohne Einschränkungen zu. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgeschlagenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 in seiner Sitzung am 28. Mai 2021 festgestellt und empfiehlt der Vertreterversammlung, die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen. Nach den Bestimmungen der Satzung scheiden mit Ablauf der Vertreterversammlung 2021 Frau Maack und Frau Norbeck sowie Herr Borkowski aus dem Aufsichtsrat aus. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Hamburg, den 28. Mai 2021

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates
Regina Rusch-Ziembra

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2020

AKTIVSEITE

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			35.729.301,04		33.192
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			8.459.947,37		1.160
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	8.459.947,37				(1.160)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	44.189.248,41	-
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			702.983.754,60		260.307
b) andere Forderungen			29.695.458,35	732.679.212,95	29.649
4. Forderungen an Kunden				2.222.109.035,48	2.142.014
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.775.214.662,87				(1.697.347)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		64.000.992,80			45.631
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	64.000.992,80				(45.631)
bb) von anderen Emittenten		468.656.721,49	532.657.714,29		357.454
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	440.458.880,30				(324.785)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	532.657.714,29	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				777.337.201,74	1.138.995
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			17.887.748,05		17.887
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			43.310,00	17.931.058,05	43
darunter: bei Kreditgenossenschaften	7.000,00				(7)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				511.291,88	511
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			125.021,72		144
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	125.021,72	-
12. Sachanlagen				16.411.491,27	12.333
13. Sonstige Vermögensgegenstände				9.192.206,38	2.031
14. Rechnungsabgrenzungsposten				347.900,99	316
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				-	-
17.				-	-
Summe der Aktiva				4.353.491.383,16	4.041.667

PASSIVSEITE

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			98.120,74		470
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			29.126.436,23	29.224.566,97	29.090
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	955.129.971,49				907.853
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	116.109,04	955.246.080,53			23.633
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	3.045.749.321,45				2.783.996
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.812.338,34	3.048.561.659,79	4.003.807.740,32		2.867
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				4.272.134,67	2.975
6. Rechnungsabgrenzungsposten				154.874,17	191
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			16.179.236,96		15.291
b) Steuerrückstellungen			2.556.854,68		2.788
c) andere Rückstellungen			10.560.012,23	29.296.103,87	8.786
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				-	-
10. Genusssrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				46.900.000,00	46.900
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			95.110.083,96		77.258
b) Kapitalrücklage			10.492.859,81		10.493
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	16.978.976,74				16.573
cb) andere Ergebnismrücklagen	111.373.000,00				108.493
cc)	-	128.351.976,74			-
d) Bilanzgewinn		5.881.052,65	239.835.973,16		4.010
Summe der Passiva				4.353.491.383,16	4.041.667

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			4.188.469,22		4.031
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	4.188.469,22	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			176.430.017,18	176.430.017,18	215.777
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

Gewinn- und Verlustrechnung

01.01. bis 31.12.2020

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		43.006.740,51			46.860
b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.207.035,19	44.213.775,70		1.903
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	795.994,49				(265)
2. Zinsaufwendungen			-3.691.192,10	40.522.583,60	-3.606
darunter: erhaltene negative Zinsen	723.290,24				(676)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			6.708.376,13		4.238
b) Beteiligungen und Geschäft Guthaben bei Genossenschaften			18.496,67		406
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			3.000.000,00	9.726.872,80	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			22.942.949,64		23.835
6. Provisionsaufwendungen			-4.747.618,05	18.195.331,59	-5.071
7. Nettoertrag des Handelsbestandes				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				1.980.974,77	4.022
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-21.041.540,90			-21.877
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-5.333.179,26	-26.374.720,16		-5.680
darunter: für Altersversorgung	-1.723.182,48				(-1.883)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-27.310.174,81	-53.684.894,97	-28.867
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-1.589.929,21	-1.404
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.583.584,60	-1.998
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-484.422,10			(-567)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			779.789,37	779.789,37	4.309
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-	-564
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			260.818,72	260.818,72	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				14.607.962,07	16.506
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-6.572.448,92		-2.165
22. Außerordentliches Ergebnis				-6.572.448,92	(-2.165)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-2.110.556,78		-5.387
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-43.903,72	-2.154.460,50	-44
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-	-4.900
25. Jahresüberschuss				5.881.052,65	4.010
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				5.881.052,65	4.010
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen				-	-
				5.881.052,65	4.010
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnisrücklagen				-	-
				5.881.052,65	4.010
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				5.881.052,65	4.010

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 835 eingetragen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die Barreserve und die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert. Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst. Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und un versteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Die Ermittlung der handelsrechtlichen Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode, wobei die Vorgehensweise durch den Verzicht auf den Abschlag von 40 Prozent modifiziert wurde. Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen liegt aufgrund der geänderten Berechnungssystematik um 655 TEUR höher als nach dem bisherigen Verfahren.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen und wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsenpreis bewertet. Soweit Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung vorgenommen.

Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag bestehende Wertpapierleihegeschäfte wurden unter Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren bilanziert.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Ab-

schreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung bzw. Sonderabschreibungen nach dem Steuerrecht wurden beibehalten. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In den Vorjahren wurden Wirtschaftsgüter i.S.v. § 6 Abs. 2a EStG im Jahr der Anschaffung in einem Sammelposten erfasst. Diese noch bestehenden Sammelposten werden über fünf Jahre linear aufgelöst.

Am 23.12.2020 wurde ein Kaufvertrag über den Kauf einer Wohnimmobilie in Höhe von 3,4 Mio. EUR geschlossen. Die Kaufpreiszahlung sowie der Übergang der juristischen und wirtschaftlichen Zurechnung erfolgte erst nach dem 31.12.2020, sodass keine Aktivierung im laufenden Jahr erfolgt ist. Der Ausweis erfolgt zukünftig in der Bilanzposition Aktiva 12 Sachanlagen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag aktiviert.

Latente Steuern

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Sachanlagen und Rücklagen nach § 56 Abs. 2 und 3 InvStG, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger Zinsen angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer

Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen wurden soweit erforderlich 2% bzw. die vertraglich garantierte Anpassung von 1% p.a. angenommen. Als Lohn- und Gehaltstrend für die Rückstellungen aus Altersteilzeit und Vorruhestand wurde ein Gehaltstrend von 2% angenommen. Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per September 2020 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des Zinssatzes per Dezember 2020 (2,31%) zugrunde gelegt. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (1,61%) ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 2.410.448 EUR. Bei Altersversorgungsverpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 7.338 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 7.130 TEUR. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 10.191 TEUR.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen in Höhe von 183 TEUR verrechnet.

Die Rückstellungen für Jubiläumswendungen und für Vorruhestand sowie für Altersteilzeitrückstellungen wurden auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens per 31.12.2020 gebildet. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Über-

schuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2020 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft. Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2020 betreffen in voller Höhe Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	6.195.911	138.153	–	a) 3.716.000 b) –	2.618.064	125.022	143.666
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	20.272.571	4.678.896	–	a) – b) –	24.951.467	10.389.697	5.813.039
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	39.023.610	963.190	–	a) 9.609.441 b) –	30.377.359	6.021.794	6.520.223
a	65.492.092	5.780.239	–	a) 13.325.441 b) –	57.946.890	16.536.513	12.476.928

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchun- gen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibun- gen Geschäfts- jahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	6.052.245	–	3.716.000	–	156.797	–	2.493.042
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	14.459.533	–	–	–	102.237	–	14.561.770
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	32.503.387	–	9.478.717	–	1.330.895	–	24.355.565
a	53.015.165	–	13.194.717	–	1.589.929	–	41.410.377

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	278.008.058	213.960.749	491.968.807
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	17.929.961	1.097	17.931.058
Anteile an verbundenen Unternehmen	511.292	–	511.292
b	296.449.311	213.961.846	510.411.157
Summe a und b	361.941.403		526.947.670

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 703.076.281 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	91.261	11.505	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	55.074.733	117.848.375	566.699.840	1.468.531.886

In den Forderungen an Kunden sind 13.954.201 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 55.328.776 EUR fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen		Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	–	64.906	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	–	–	126.538	1.021.917

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	625.223.442	639.616.977	14.393.535	735.544	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Immobilien GmbH, Hamburg	100,00	2020	5.487.055	2020	1.786.135

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-AG, Hannover	0,05	2020	1.336.288.819	2020	-192.836
b) SUMMACOM GmbH & Co KG (vormals: Sparda-TelefonService GmbH & Co. KG), St. Ingbert	9,82	2019	3.936.539	2019	52.942
c) Immobilien-Gesellschaft „DG Bank-Turm, Frankfurt am Main, Westend“ mbH & Co. KG	0,15	2019	187.430.535	2019	17.237.526
d) Sparda-Consult Gesellschaft für Projekt- und Innovationsmanagement mbH i.L., Nürnberg	4,88	2018	-865.420	2018	-1.841.680
e) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	6,25	2018	4.682.034	2018	682.034
f) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,42	2020	3.191.383.755	2020	-216.481

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	532.233.388	523.744.649	8.488.739	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	109.178.022	–	109.178.022	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	430.009	–	430.009	–

In den Sachanlagen sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	EUR	1.041.707
Betriebs- und Geschäftsausstattung	EUR	6.021.794

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Fälliges Wertpapier	EUR	8.080.000
---------------------	-----	-----------

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 29.223.459 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	1.116.927	258.513	–	27.750.997
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	–	–	–	116.109
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	2.119.819	180.380	255.583	256.556

Die Verbindlichkeiten gegenüber der KfW wurden aus Vereinfachungsgründen dem letzten Restlaufzeitenband zugeordnet. Ein Riester-Spareinlagenprodukt wurde von der Bank im Geschäftsjahr erstmalig als Spareinlage mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten ausgelegt und ausgewiesen. Daher sind in der Passivposition 2 a) aa) 24.389.569,55 EUR enthalten, die im Vorjahr in der Passivposition 2 a) ab) Spareinlage mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten ausgewiesen worden wären.

Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Verbindlichkeiten ggü. Fiducia & GAD IT AG	EUR	1.613.156
--	-----	-----------

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 154.874 EUR (Vorjahr: 191.338 EUR) enthalten.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4.359.120	5.258.487

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder	EUR	91.970.655
b) der ausscheidenden Mitglieder	EUR	2.442.005
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	EUR	697.424
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	308

Die Ergebnisrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 01.01.2020	16.573.383	108.493.000	10.492.860
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	405.594	2.880.000	–
Stand 31.12.2020	16.978.977	111.373.000	10.492.860

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,000 %	EUR	888.133,68
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	EUR	588.918,97
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	EUR	4.404.000,00
Insgesamt	EUR	5.881.052,65

Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nicht-handelsbestands:

Angaben in TEUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	>1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	–	94.000,0	85.000,0	179.000,0	-13.357,3	-1.745,0

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes wurde die Marktbewertungsmethode angewandt. Offene Eigenhandelspositionen bestehen nicht.

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden vollständig zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung eingesetzt.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Liquidität	7.367.570
Derivate	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	5.989.768

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 795.994 EUR (Vorjahr: 264.545 EUR) negative Zinsen aus Guthaben auf Konten bei der DZ Bank AG und bei der Bundesbank enthalten. In den Zinsaufwendungen sind 723.290 EUR (Vorjahr: 676.300 EUR) positive Zinsen aus Refinanzierungsgeschäften mit Kommunen sowie sonstigen Kreditinstituten und der DZ Bank AG enthalten.

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Außerordentliche Aufwendungen	Aufwendungen für den Wechsel des Rechenzentrums	EUR	6.572.449
-------------------------------	---	-----	-----------

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 206.057 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen auf 591.232 EUR. Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde für die Vorstände Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2020 Pensionsrückstellungen in Höhe von 12.115.261 EUR.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

Mitglieder des Vorstandes	EUR	1.157.723
Mitglieder des Aufsichtsrates	EUR	512.015

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 5.704 TEUR. Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2020 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	222,50	134,75
Gewerbliche Mitarbeiter	2,00	–
	224,50	134,75

Außerdem wurden durchschnittlich 16,50 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2020	225.930	1.438.105	74.781.460
Zugang 2020	3.616	390.946	20.329.192
Abgang 2020	8.381	60.379	3.139.708
Ende 2020	221.165	1.768.672	91.970.944

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	17.189.520
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	17.189.484
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	52
Höhe der Haftsumme	EUR	52
Max. je Mitglied	EUR	5.200

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Ute Plambeck	Aufsichtsrat	DB Services GmbH, DB Fahrwegdienste GmbH, DB Engineering & Consulting GmbH

Mitglieder des Vorstandes

Oliver Pöpplau (Vorsitzender), Bankdirektor

Stephan Liesegang (Vertreter des Vorsitzenden), Bankdirektor

Tino Wildmann, Bankdirektor

Mitglieder des Aufsichtsrates

Regina Rusch-Ziemba (Vorsitzende), Pensionärin

Udo Kummerow (Vertreter der Vorsitzenden und Mitglied des Aufsichtsrates bis 30.11.2020), Pensionär

Ralph Borkowski (Vertreter der Vorsitzenden ab 30.11.2020), Versichertensprecher der DB AG bei der Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS)

Thomas Brandt (ab 30.11.2020), Geschäftsführung Gesamtbetriebsrat Deutsche Bahn Netz AG Frankfurt

Gabriele Maack, Personalsachbearbeiterin DB Fernverkehr AG Sylt

Frank Maur, Geschäftsstellenleiter Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Hamburg

Birgit Michaelsen (bis 30.11.2020), Pensionärin

Ernst-Otto Müller, freigestelltes Betriebsratsmitglied DB Cargo

Manuela Norbeck, freigestellte stellv. Betriebsratsvorsitzende der DB Fernverkehr AG

Annegret Pawlitz (ab 30.11.2020), Pensionärin

Ute Plambeck, Vorstand Personal Deutsche Bahn Netz AG

Hamburg, den 19. Februar 2021

Sparda-Bank Hamburg eG

Der Vorstand

Oliver Pöpplau, Stephan Liesegang, Tino Wildmann

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2020 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Hamburg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Hamburg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Hamburg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2020 70.426 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 331.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 8.036 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 2.111 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Hamburg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

„An die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hamburg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebe-

richt in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine

verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Wechsel Rechenzentrum

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.222 Mio. EUR. Dies entspricht 51,0 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der

Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Wechsel Rechenzentrum

a) Zur EDV-mäßigen Unterstützung des Rechnungswesens nahm die Genossenschaft bislang die Dienste der Sopra Financial Technology GmbH, Nürnberg, in Anspruch und nutzte deren EDV-Verfahren und EDV-Anlagen. Zur Erfüllung der Buchführungspflichten diente dabei insbesondere das Kernbankensystem „BASE“ der Sopra Financial Technology GmbH. Die Genossenschaft hat im November 2020 einen Wechsel des Rechenzentrums und eine Migration der Datenbestände zur Fiducia & GAD IT AG, Frankfurt am Main, durchgeführt. Dabei wurde unter anderem von der Anwendung „BASE“ auf das Kernbankensystem „agree21“ migriert. Aufgrund der Komplexität sowie der Bedeutung des Migrationsprozesses für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und den daraus abgeleiteten Jahresabschluss als Ganzes wurde die Migration im Rahmen unserer Prüfung als ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt eingestuft.

b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir insbesondere beurteilt, ob die Ordnungsmäßigkeits-, Richtigkeits-, Vollständigkeits- und Nachvollziehbarkeitsanforderungen an die Datenmigration erfüllt wurden. Dazu wurden bezüglich der relevanten Sachverhalte Aufbau- und Funktionsprüfungen durchgeführt. Bei den Prüfungshandlungen wurden wir unterstützt von durch uns beauftragte Sachverständige. Im Rahmen der Prüfung erfolgte dabei auch die Verwendung von Prüfungsnachweisen, die von durch die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft beauftragte Sachverständige erstellt wurden. In Stichproben haben wir daneben die vollständige und ordnungsgemäße Migration von Bilanz- und Saldendaten nachvollzogen und uns von der Ordnungsmäßigkeit der Migration überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Migration sind im Anhang im Abschnitt „D.II Gewinn- und Verlustrechnung“ sowie im Lagebericht in den Abschnitten „Darstellung der Lage“ und „Voraussichtliche Entwicklung“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungs-schlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen

Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei

insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 23. April 2021

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer“

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank Hamburg eG
Präsident-Krahn-Straße 16–17
22765 Hamburg
Telefon: 040 550055-1513
www.Sparda-Bank-Hamburg.de

Gesamtkoordination:

Axel Krohn, Abteilungsleiter Vertriebsmanagement und Unternehmenskommunikation, Sparda-Bank Hamburg eG

Konzeption:

HMC Verlag
Hamburg Media Company GmbH
Beim Strohhouse 27
20097 Hamburg
Telefon: 040 413639-0
www.hmc.de

Redaktion:

Thomas Zander

Grafik:

Stefanie Liebich

Fotos: Sparda-Bank Hamburg;
David Maupilé (S. 2)

Litho:

Allzeit Media Consult,
Elbberg 6d, 22767 Hamburg

